



Luzern, 20. Januar 2025

## Medienmitteilung

### **Wirtschaft, Bauernverband und Parteien sagen NEIN zur extremen Umweltverantwortungsinitiative – Für einen realistischen und nachhaltigen Weg**

**Am Sonntag, 09. Februar 2025, stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Umweltverantwortungsinitiative ab. Ein breit abgestütztes und überparteiliches Luzerner Komitee aus Wirtschaft, dem Bauernverband und der Politik setzt sich gemeinsam für ein NEIN zur Initiative ein. Das Komitee will einen drohenden Wohlstandsverlust, höhere Lebenshaltungskosten und gravierende Eingriffe in den Alltag der Luzerner Bevölkerung verhindern.**

#### **Radikalen Forderungen mit drastischen Folgen für jeden von uns**

Die Initiative verlangt eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um rund 67 % innerhalb von nur zehn Jahren. Das Komitee betont: «Trotz der Behauptung der Initianten, sozialverträgliche Lösungen zu schaffen, zeigt die Realität, dass die Umsetzung der Initiative unweigerlich zu höheren Lebenshaltungskosten für jeden von uns führen würde». Für die Wirtschaft hätte eine Annahme der Initiative verheerende Folgen: Umsatz und Gewinne würden massiv sinken und somit auch die Löhne. Viele Arbeitsplätze wären gefährdet. Hinzu kämen drastisch steigende Preise für Mobilität, Ernährung und Wohnen. Für Konsumentinnen und Konsumenten würden Produkte des täglichen Bedarfs unerschwinglich werden – eine Belastung, die insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen und Familien trifft. Die zusätzlich drohende massive Umverteilung staatlicher Mittel ginge auf Kosten von Sozialleistungen, Bildung und Infrastruktur. «Die Initiative schwächt die Schwächsten in unserer Gesellschaft noch weiter», betonen die Gegner der Initiative.

#### **Grössere Abgängigkeit von Importen von Nahrungsmitteln**

Die Landwirtschaft, die ihre Effizienz in den letzten Jahren enorm steigern konnte, wäre von einer Annahme besonders stark betroffen. Die Folgen wären die Einführung von neuen, strengeren und kostentreibenden Umweltauflagen. Die Herstellung von lokalen Nahrungsmitteln und Produkten würde massiv teurer. Folglich würden die Preise steigen, was zu einer sinkenden Nachfrage führt. Das Bedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten nach günstigen Importen würde grösser, somit auch die Abhängigkeit vom Ausland. Es käme zu weiteren Spannungen mit Handelspartnern wie der WTO und der EU.

#### **Unser Vorschlag: Realismus statt Utopie und Fortschritt statt Rückschritt**

Das Komitee unterstützt nachhaltige Lösungen, welche Umweltschutz, wirtschaftliche Stabilität und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden. Die Schweiz ist ein innovatives Land, das bereits heute viel für die Umwelt tut und ehrgeizige Klimaziele verfolgt. Die Initiative würde genau diese Innovationskraft behindern – Unternehmen würden aufgrund der strengen Vorgaben ins Ausland abwandern. Das schadet nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem Klima, weil wichtige Technologien nicht mehr weiterentwickelt würden.

Um wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben, sind internationale Abstimmungen die beste Lösung. Ein Alleingang der Schweiz wäre ein Tropfen auf den heissen Stein.

«Wir brauchen Anreize statt Verbote, um Fortschritt zu ermöglichen und Innovation voranzutreiben. Ein radikaler Umbau, wie ihn die Initiative fordert, ist unnötig und kontraproduktiv», betont das Nein-Komitee.



*Bild (von links nach rechts):*

*Martin Wicki, Präsident SVP Luzern; Markus Kretz, Präsident Luzerner Bauernverband; Adrian Derungs, Direktor Zentralschweizer Industrie- und Handelskammer (IHZ); Mike Hauser, Kantonsrat FDP Luzern; Jérôme Martinu, Direktor KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL); Pius Kaufmann, Nationalrat Die Mitte Luzern*

---

**Kontakt NEIN-Komitee:**

Katja Häfliger, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Luzern, [katja.haefliiger@fdp-lu.ch](mailto:katja.haefliiger@fdp-lu.ch), 078 842 39 31